

11.9.2017

## **BIKEG tritt aus Deponiebeirat aus**

### **Unsere Gründe für das Beenden unserer Mitwirkung am Deponiebeirat:**

Nach zwei Deponiebeiratssitzungen mussten wir feststellen, dass das Hauptziel des Beirates offenbar darin besteht, die Deponieproblematik aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Laut des Beiratsvorsitzenden Herrn Prof. Adolphi sollten im Beirat möglichst kleinschrittig ausgewählte Probleme angegangen werden. Das bedeutet, es vergehen viele Jahre, in denen nichts geschieht, außer dass die Deponie gewinnbringend vorangetrieben wird.

**"Wir sitzen hier nicht, um Fragen zu beantworten, sondern um die BIKEG zu beruhigen", sagte der Vertreter der Gewerbeaufsicht bei der letzten Sitzung.**

Laut Beiratsvorsitzenden und Behördenvertretern soll ausdrücklich die Aufarbeitung des über Jahre unverantwortlichen Arbeitens auf der Deponie und das Wegschauen der Behörden **nicht diskutiert** werden. „In die Zukunft schauen“ ist ihr Motto. Die Zukunft besteht jedoch aus dem Auftürmen eines 50 m hohen Sondermüllberges, 20 Jahre lang. Dies geschieht durch einen Betreiber, der die alltägliche Anlieferung und Einlagerung gefährlicher Abfälle ausschließlich selbst „kontrolliert“ und von den Behörden für eine der seltenen Kontrollen eine insgesamt 6-wöchige Vorwarnzeit erbittet, um dann eine „ordentliche“ Deponie präsentieren zu können. Daran soll nichts geändert werden, obwohl der Betreiber laut Behördenakten gezeigt hat, dass er völlig unverantwortlich mit Sondermüll, Asbest und seinem Zwischenlager umgeht. Die Behörden schauten großzügig darüber hinweg und erteilten Ausnahmegenehmigungen. Und im Deponiebeirat wird dies totgeschwiegen. Unser seit Monaten vorliegender Fragenkatalog wird von den übrigen Beiratsmitgliedern einschließlich des Vorsitzenden ignoriert.

Die von uns zusammengetragenen brisanten Informationen über den Deponiebetrieb wurden den Beiratsmitgliedern bisher nicht zugänglich gemacht. Prof. Adolphi kann sich entweder gegen den Widerstand der Behörden nicht durchsetzen oder die finanzielle Unterstützung seines Institutes durch Remondis (BEG) und andere Abfallentsorger spielt eben doch eine Rolle bei der Ausübung seines Vorsitzes.

Im Deponiebeirat wird noch nicht einmal ansatzweise über Lösungskonzepte diskutiert, um die in den Behördenakten und Gutachten beschriebenen Umweltprobleme durch den Deponiebetrieb einzudämmen. Die in der Geschäftsordnung erwähnte "transparente Informations- und Diskussionsplattform" ist nicht in Sicht. Nach unserer Wahrnehmung geht es alleine darum, mit der Majorität von Behördenvertretern und Ämtern die Argumente der BIKEG abzuwimmeln. Der Vertreter des Umweltsenators (SUBV) sitzt meist schweigend in der Runde und äußert sich selbst zur Genehmigungssituation nicht. Von den Vertretern der Politik kommen keine kritischen Nachfragen. Es wird zugelassen, dass alle wichtigen Fragen versanden.

Das Immissionsmessprogramm stellt der Deponie und den verantwortlichen Kontrollbehörden einen Freibrief aus. Unsere Argumentation in der letzten Beiratssitzung, dass die Messungen nicht während des normalen Betriebes der Deponie, sondern nur während der Umbauphase als Vorbereitung für die Erhöhung auf 50 m durchgeführt wurden und somit nicht aussagekräftig sind, wurde nur zur Kenntnis genommen. Trotzdem beharren Gewerbeaufsicht und Umweltschutzamt darauf, dass sich mit der Beendigung des Messprogramms die Diskussion über Staubbelastung durch die Deponie erübrigt hätte. Unserer Meinung nach stellt der falsche Messzeitraum jedoch die Beurteilung der Messergebnisse grundsätzlich in Frage.

In der ersten Sitzung machte Herr Prof. Adolphi deutlich, dass die Ablagerung von Filterstäuben für ihn kein Problem darstelle, sollten die entsprechenden Auswaschungs-Grenzwerte eingehalten werden. Eine Gefahr besteht jedoch auch durch das Abwehen der giftigen Filterstäube durch Wind. Herr Prof. Adolphi leitet eine Akademie, die Nachhaltigkeit und Umweltschutz anstrebt. Gleichzeitig würde er wohl zulassen, dass einer der giftigsten Stoffe auf einer Deponie, die direkt an ein Wohngebiet angrenzt, offen abgeschüttet wird, um dann mit einem Radlader zur Kippkante geschoben zu werden. Dies ist nicht nachvollziehbar.

Wir haben uns bemüht, Herrn Prof. Adolphi trotz seiner Nähe zur Entsorgungswirtschaft erst einmal neutral als Diskussionspartner wahrzunehmen. Leider wurden wir enttäuscht. Obwohl er uns in einem Gespräch in vielen Kritikpunkten Recht gegeben hat, spielt dies im Deponiebeirat keine Rolle. Wichtige Aussagen im Deponiebeirat werden trotz Forderung der BIKEG, im Protokoll festgehalten zu werden, unter den Teppich gekehrt. Die Genehmigung des u.E. unvollständigen und einseitigen Protokolls erfolgte trotz unserer Gegenstimmen.

Herr Prof. Adolphi nahm die Äußerungen der BIKEG in Form eines Flugblattes vor der Stadtverordnetenversammlung zum Anlass, eine Beiratssitzung abzusagen. Öffentliche Äußerungen sind offenbar unerwünscht. Wir weigern uns, diese Hinterzimmerpolitik hinzunehmen. Da die Pressevertreter leider bei der letzten Sitzung nicht anwesend waren, ist die Öffentlichkeit praktisch ausgeschlossen.

Wir meinen, dass nur mit einer wirklichen Diskussion über den u.E. jahrzehntelangen unsachgemäßen Umgang mit gefährlichen Stoffen auf der Deponie und der Entwicklung von Lösungskonzepten etwas verbessert werden kann. Dem verschließen sich jedoch der Betreiber, der Vorsitzende des Deponiebeirates und die Behörden. Die BIKEG wird im Beirat in allen wichtigen Fragen überstimmt oder ignoriert. Es ist unserer Meinung nach sinnlos, weiter daran teilzunehmen. Lieber nehmen wir weiterhin unsere demokratischen Rechte wahr und versuchen über Bürgerfragestunden im Bauausschuss oder mit Hilfe von interessierten Stadtverordneten, auf die nach wie vor ungelösten Umweltprobleme durch die Deponie aufmerksam zu machen.

Sollte ein Gremium eingerichtet werden, in dem wirklich über Lösungen für die Umweltprobleme durch die Deponie diskutiert wird, würde die BIKEG wieder teilnehmen. Mit dem Feigenblatt "Deponiebeirat" lassen wir uns nicht mehr zudecken.

Der Vorstand der BIKEG

*Die BIKEG e.V. ist ein Zusammenschluss von betroffenen Bürgern, der sich gegen den Betrieb der Mülldeponie Grauer Wall als Giftmülldeponie neben Wohngebieten und dem Gesundheitspark stellt. Sie wird vertreten durch einen ehrenamtlich tätigen, gewählten Vorstand. Zur Finanzierung von Rechtsbeistand, Staub- und Wasseranalysen sowie Druckkosten werden Mitgliedsbeiträge von 30 Euro/Jahr und Spenden gesammelt.*

**Spendenkonto: Weser-Elbe Sparkasse IBAN: DE80 2925 0000 0003 2441 30**